



## NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSEND

Mit dem Bundesparteitag Anfang Dezember in Berlin haben wir als SPD wichtige Beschlüsse gefasst und Bilanz gezogen über die bisherige Regierungsarbeit. Für den Bereich Bauen und Wohnen habe ich die wichtigsten Erfolge noch einmal zusammengefasst.

Ich wünsche Ihnen und Euch frohe Weihnachten und einen guten Start in das neue Jahr 2020!

Viel Spaß beim Lesen

### Halbzeitbilanz der Großen Koalition: Für Bezahlbares Wohnen

Der Blick auf die bisherige Legislaturperiode zeigt, dass die Bundesregierung den überwiegenden Teil der im Koalitionsvertrag vereinbarten wohnungspolitischen Vorhaben bereits umgesetzt hat. In vielen Fällen konnten wir sogar Erfolge über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinaus erzielen. Wir haben wichtige Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter in München erzielt, die es ohne eine Regierungsbeteiligung der SPD nie gegeben hätte:

- Mit dem Mieterschutzgesetz schützen wir Mieterinnen und Mietern noch besser vor Mieterhöhungen nach Modernisierungen.
- Wir erschweren das Umgehen der Mietpreisbremse, indem wir Vermieterinnen und Vermieter verpflichten, die Vormiete offenzulegen. Die Möglichkeiten, Verstöße gegen die Mietpreisbremse zu rügen, haben wir vereinfacht. Auch Mietverhältnisse von sozialen

Trägern wurden besser geschützt, wenn diese den Wohnraum Personen mit dringendem Bedarf überlassen.

- Erst diese Sitzungswoche vor Weihnachten haben wir beschlossen, die Mietpreisbremse um weitere fünf Jahre zu verlängern und einen rückwirkenden Rückzahlungsanspruch für zu viel gezahlte Miete einzuführen, um Mieterinnen und Mieter in angespannten Wohnungsmärkten auch weiterhin vor überhöhten Neuvertragsmieten zu schützen.
- Außerdem haben wir in dieser Woche den Betrachtungszeitraum beim Mietspiegel von vier auf sechs Jahre ausgeweitet, um den weiteren Anstieg von Mieten zu dämpfen.
- Der Bund geht künftig mit gutem Beispiel voran, indem er in angespannten Wohnungsmärkten die Mieten in bundeseigenen Wohnungen am unteren Ende des Mietspiegels ansetzt und bei zehn Euro pro Quadratmeter deckelt.
- Mit einer Grundgesetzänderung haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Bund die Länder und Kommunen auch weiterhin bei der Schaffung von Sozialwohnungen unterstützen kann. Allein in dieser Wahlperiode investiert der Bund 5,5 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau.



Beim Bundesparteitag in Berlin mit Markus Rinderspacher, Christine Negele, Christian Köning und Seija Knorr-Köning.

- Wir stärken Genossenschaften, indem wir den Erwerb von Anteilen an einer Wohnungsgenossenschaft bei der KfW durch zinsgünstige Kredite und Tilgungszuschüsse besser fördern, denn sie leisten einen wichtigen Beitrag für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum.
- Um den Bau von bezahlbaren Mietwohnungen anzukurbeln, wird dieser steuerlich gefördert: Für den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen gibt es die Möglichkeit einer steuerlichen Sonder-Abschreibung.

- Außerdem schaffen wir den Steuernachteil für Mieterinnen und Mieter, die in bezahlbaren Werkswohnungen leben, durch einen Bewertungsabschlag bei der Berechnung des geldwerten Vorteils ab.
- Auf teurem Grund kann kein bezahlbarer Wohnraum entstehen. Bodenpolitik muss sich daher wieder mehr am Gemeinwohl orientieren und gegen Spekulationen vorgehen. Auf Basis der Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ wurden Empfehlungen für die Aktivierung von Grundstücken und eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik vorgelegt. Diese werden nun im Rahmen einer Novelle des Baugesetzbuches umgesetzt.
- Über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und das Bundeseisenbahnvermögen (BEV) gestalten wir die Liegenschaftspolitik des Bundes neu und richten sie am Gemeinwohl aus. Grundstücke des Bundes können für den Bau von bezahlbaren Wohnungen vergünstigt an Kommunen abgegeben werden.
- Auch das Wohngeld ist ein wichtiges Instrument, mit dem der Staat Menschen mit geringem Einkommen bei den Kosten für Miete oder selbstgenutztes Wohneigentum unterstützt. Weil die Mieten in den vergangenen Jahren rasant gestiegen sind, erhöhen wir die Förderung zum 1. Januar 2020 und weiten die Zahl der Anspruchsberechtigten deutlich aus. Außerdem wird das Wohngeld künftig alle zwei Jahre automatisch an steigende Mieten und Verbraucherpreise angepasst. Insgesamt profitieren von der nun auf den Weg gebrachten Wohngeldreform rund 660.000 Haushalte.

Die SPD wird sich auch in den kommenden zwei Jahren mit aller Kraft dafür einsetzen, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen und zu sichern.



In einer Rede im Plenum des Deutschen Bundestages machte Claudia Tausend am Donnerstag vor Weihnachten klar: Bezahlbarer Wohnraum kann nicht auf unbezahlbarem Grund und Boden entstehen. Wir brauchen eine neue soziale Bodenpolitik, um den Wohnraummangel zu bewältigen! In diesem Zusammenhang konnte sie gleich eine Weihnachtslektüre zu empfehlen: "Mehr Gerechtigkeit" von Dr. Hans-Jochen Vogel, dessen Vorschläge sie in ihrer Rede aufgreift. Die gesamte Rede ist auf der Website und auf der Facebook-Seite von Claudia Tausend zu sehen.

## Entlastung von Angehörigen bei Pflegebedürftigkeit

Ein Pflegefall in der Familie stellt Angehörige vor schwierige Herausforderungen. Neben der Arbeit und oft auch parallel zur Kindererziehung müssen Eltern oder pflegebedürftige Kinder versorgt und unterstützt werden. Das allein stellt eine emotionale, logistische und oft auch finanzielle Belastung dar. Diese Menschen verdienen Respekt und Unterstützung. Deshalb freue ich mich, dass das Angehörigen-Entlastungsgesetz – ein sozialdemokratisches Kernanliegen – zum 1.1.2020 in Kraft treten wird. Eltern und Kinder werden demnach künftig erst bei Überschreitung eines Jahreseinkommens von 100.000 Euro vom Sozialhilfeträger zur Erstattung von Kosten der Hilfe zur Pflege in Anspruch genommen. Der Unterhaltsrückgriff in der Sozialhilfe wird bis zu einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro und in der Eingliederungshilfe gegenüber Eltern volljähriger Kinder mit Behinderungen sogar vollständig entfallen.

Neben der finanziellen Entlastung ist das Angehörigen-Entlastungsgesetz auch ein wichtiger Baustein für mehr soziale Mobilität. Oftmals konnten bisher hohe Pflegekosten von Eltern ohne eigenes Vermögen den wirtschaftlichen Aufstieg der Kinder zunichtemachen. Pflegebedürftige Kinder benötigen mehr Zuwendung, bedeuten aber auch hohe finanzielle Belastungen. Auch hier entlasten wir die Angehörigen, denn über das Angehörigen-Entlastungsgesetz hinaus erfolgt auch eine entsprechende Anpassung der Regelungen für Betroffene im Sozialen Entschädigungsrecht.

Außerdem wird das Leistungsrecht für Menschen mit Behinderungen in Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen weiter verbessert. Mit dem Gesetz bringen wir außerdem die Inklusion weiter voran: Seit 2018 gibt es die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung. Hier werden Menschen mit Behinderungen von Menschen mit Behinderungen beraten, beispielsweise zum Thema Sozialleistungen. Dies allerdings geschah bisher befristet bis zum 31. Dezember 2022. Mit dem Angehörigen-Entlastungsgesetz verankern wir das Erfolgsmodell der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung nun gesetzlich und statten die Stellen mit mehr Geld aus. Menschen mit Behinderungen, die auf eine Werkstatt für behinderte Menschen angewiesen sind, können Leistungen zur beruflichen Bildung bislang nur in der Werkstatt oder bei einem anderen Leistungsanbieter erhalten. Dank des Budgets für Ausbildung sollen sie künftig auch dann gefördert werden können, wenn sie eine reguläre betriebliche Ausbildung oder eine Fachpraktikerausbildung aufnehmen. So sorgen wir für mehr Inklusion in der beruflichen Bildung und kommen unserem Ziel eines inklusiven Arbeitsmarktes wieder ein großes Stück näher.



Gemeinsam mit dem Europa-  
ausschuss des Deutschen Bun-  
destages im Austausch zu den  
aktuellen Herausforderungen in  
Europa mit unserem Bundes-  
präsidenten Frank-Walter  
Steinmeier im Schloss Bellevue



Freude über den gelungenen Aufstellungsparteitag für eine starke,  
ausgewogene Stadtratsliste.



Herzliches Dankeschön an die Ehrenbürgerin Dr. Gertraud  
Burkert für 50 Jahre SPD und ihr unermüdliches Engagement!



Ein großer Dank an Gustav Teuber für 65, Erwin Knittl für 50 und Kurt  
Damaschke für 40 Jahre SPD bei der Weihnachtsfeier in Neuperlach.



Vorweihnachtsstimmung und gute Gespräche beim Infostand  
vor dem pep in Neuperlach.

## Claudia Tausend MdB

Stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie  
im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales

Oberanger 38  
80331 München  
Tel: 089 - 18 93 28 58

[claudia.tausend.wk@bundestag.de](mailto:claudia.tausend.wk@bundestag.de)  
[facebook.com/tausendmalbesser](https://facebook.com/tausendmalbesser)  
[www.claudia-tausend.de](http://www.claudia-tausend.de)